



Gemeinsam mehr bewegen

Wahlprogramm 2026
für den Landkreis Lüneburg



V.i.S.d.P.: Bündnis 90/Die GRÜNEN, KV Lüneburg
Julia B. Diehl, Schröderstraße 16, 21339 Lüneburg

Inhalte

1. Klimavorsorge, Energie und Wasser.....	7
2. Tierschutz.....	11
3. Naturschutz.....	12
4. Mobilität.....	15
5. Wohnen zu fairen Preisen, flächensparend planen, Orte stärken.....	19
6. Gute Bildung im ganzen Landkreis.....	21
7. Kinder, Jugend, Familien und Teilhabe.....	30
8. Gesundheit, Pflege und soziale Sicherheit.....	34
9. Frauen und FLINTA, Gleichstellung und Schutz vor Gewalt.....	38
10. Vielfalt, Integration und Antidiskriminierung.....	40
11. Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus.....	43
12. Demokratie, Beteiligung, Ehrenamt und Kultur.....	51
13. Finanzen, Digitalisierung, Verwaltung und kreiseigene Gesellschaften.....	56

Vorwort

Liebe Menschen im Landkreis Lüneburg,

unser Landkreis ist bunt und vielfältig. Er ist Hansestadt und Heide, Elbtalau und Ilmenau, Dorf und Quartier, Landwirtschaft und Universität, Handwerk und Ehrenamt, Feuerwehr und Kultur, Aufbruch und Zuhause. Hier leben Menschen mit ganz unterschiedlichen Geschichten, Bedürfnissen und Hoffnungen.

Uns verbindet der Wunsch nach einem guten Leben: mit verlässlicher Mobilität, Wohnen zu fairen Preisen, guter Bildung, intakter Natur, sozialer Sicherheit, echtem demokratischen Miteinander und einer Zukunft, die gestaltbar bleibt.

Wir wissen: Die kommenden Jahre werden nicht einfach. Die Klimakrise ist längst auch bei uns angekommen: Hitze, Dürre, Starkregen, sinkende Grundwasserspiegel und der Verlust von Artenvielfalt betreffen unsere Dörfer, Städte, Wälder, Landwirtschaft, Infrastruktur – und unsere Gesundheit.

Gleichzeitig stehen viele Menschen unter Druck: steigende Lebenshaltungs- und Gesundheitskosten, fehlender oder teurer Wohnraum, überlastete Familien, drohender Verlust von Arbeitsplätzen, Einsamkeit, psychische Belastungen und Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Deshalb braucht es eine Politik, die nicht wegschaut. Eine Politik, die gestaltet, zuhört, erklärt, in Zusammenarbeit abwägt und handelt. Zugleich zwingt die Haushaltsslage des Landkreises die politisch Handelnden, ehrlich zu priorisieren.

Für uns GRÜNE ist klar: Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft müssen zusammen gedacht werden. Wer heute in Klimaschutz und -anpassung, Bildung, Prävention, Mobilität, Gleichstellung und Teilhabe investiert, entlastet die Gegenwart und schafft die Voraussetzungen für eine gute Zukunft.

Gegensätze helfen uns nicht weiter. Gute Kreispolitik bringt zusammen, was zusammengehört: verlässliche Busverbindungen in lebendige Orte, Wohnen zu fairen Preisen mit Flächenschutz, moderne Schulen und starke Jugendhilfe,

Gleichstellung und Gewaltschutz, Integration und Demokratie, Landwirtschaft und Naturschutz, solide Finanzen und notwendige Zukunftsinvestitionen.

Unser Ziel ist ein Landkreis, in dem Menschen gut leben können – unabhängig davon, ob sie in der Hansestadt Lüneburg, in Amt Neuhaus, der Stadt Bleckede, der Gemeinde Adendorf, den Samtgemeinden Bardowick, Scharnebeck, Amelinghausen, Dahlenburg, Gellersen, Ilmenau oder in einem der vielen Dörfer zuhause sind. Ein Landkreis, in dem Kinder und Jugendliche gehört werden, der Frauen, FLINTA (Frauen, Lesben, intergeschlechtlichen, non-binären, trans und agender Personen) und Kindern Schutz gewährt. In dem ALLE Menschen sichtbar und sicher leben können. In dem Menschen mit Behinderung selbstbestimmt teilhaben. In dem ältere Menschen nicht abgehängt werden. In dem Ehrenamt gestärkt wird. In dem Verwaltung verständlicher, effizienter und leichter zugänglich wird. Und in dem unsere demokratische Kultur verteidigt und jeden Tag gelebt wird.

Wir treten an für einen Landkreis, der klimaresilient, gerechter, vielfältiger und handlungsfähiger wird. Dafür setzen wir in den kommenden Jahren klare Schwerpunkte:

- Wir wollen die landkreiseigene Verkehrsgesellschaft MOIN (Mobilitätsinfrastruktur und -betriebs GmbH Landkreis Lüneburg) zu einem verlässlichen Mobilitätsanbieter für den ganzen Landkreis machen.
- Wir wollen Klimavorsorge (konsequenten Klimaschutz und vorsorgende Klimaanpassung) konkret umsetzen – mit Schutz vor Hitze, Starkregen und Dürre, mit erneuerbarer Energie, Wassermanagement und starkem Naturschutz.
- Wir wollen gute Bildung im ganzen Landkreis sichern, Schulsozialarbeit stärken und Inklusion ernst nehmen.
- Wir wollen bezahlbares Wohnen und kluge Ortsentwicklung zusammen denken. Wir wollen Gesundheit, Pflege, Jugendhilfe und Teilhabe so gestalten, dass Hilfe früher und zielgerichtet ankommt.
- Wir wollen Gewaltschutz, Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung stärken.
- Und wir wollen mit soliden Finanzen Verantwortung übernehmen

Wir wollen den Landkreis zukunftsfähig gestalten. Mit Haltung. Mit Sachlichkeit. Mit Mut zur Veränderung. Und mit Respekt vor allen Menschen, die diesen Landkreis jeden Tag tragen: in Familien, Betrieben, Schulen, Vereinen, Verwaltungen, Initiativen, Rettungsdiensten, Feuerwehren, in der Pflege, der Landwirtschaft, der Kultur und in den Nachbarschaften.

Politik beginnt dort, wo Menschen miteinander ins Gespräch kommen und gemeinsam an tragfähigen Lösungen arbeiten.

Wir laden Sie und euch ein: Gehen wir diesen Weg gemeinsam! Packen wir es gemeinsam (an)! Für einen Landkreis Lüneburg, der schützt, verbindet und Zukunft möglich macht.

**Euer Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kreisverband Lüneburg,
vertreten durch das Sprecher*innenteam**

Julia B. Diehl und Torsten Franz

Redaktionelle Anmerkung:

Gesellschaftliche Vielfalt spiegelt sich auch in der Sprache wider. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen wir, dass alle Menschen wahrgenommen werden. Wir benennen Frauen und Mädchen ausdrücklich dort, wo es um ihre spezifischen Lebenslagen, Rechte und Schutzbedarfe geht. Außerdem verwenden wir den Begriff FLINTA. Er steht für Frauen, Lesben, intergeschlechtlich, nichtbinäre, trans und agender Personen. Der Begriff verweist auf Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts, der Geschlechtsidentität, des Geschlechtsausdrucks oder der sexuellen Orientierung von patriarchalen Strukturen betroffen sein können.

Fünf zentrale Vorhaben

- **Wohnen zu fairen Preisen und Orte klug entwickeln:** Wohnraum, Mobilität, soziale Infrastruktur, Klimaschutz, Klimaanpassung und Reduzierung des Flächenverbrauchs zusammen denken.
- **Gute Bildung im ganzen Landkreis sichern:** Schulentwicklung, Schulsozialarbeit, Inklusion, berufliche Bildung und Demokratiebildung stärken.
- **Gewaltschutz, Gleichstellung und Vielfalt stärken:** sichere und sichtbare Teilhabe für Frauen und FLINTA (Frauen, Lesben, inter, nichtbinäre, trans und agender Personen), Kinder, Ältere, queere Menschen, Menschen mit Behinderung, Schutzsuchende und Menschen mit Migrationsgeschichte sowie alle von Diskriminierung Betroffenen. Dies muss als Querschnittsaufgabe in alle Politikfelder hineinwirken.
- **Umwelt- und Naturschutz konkret umsetzen:** Klimaanpassung durch Schutz vor Hitzewellen, Dürre, Starkregen, Hochwasser, Maßnahmen gegen sinkende Grundwasserspiegel sowie Schutz und Wiederherstellung der Vielfalt von Lebensräumen und Arten.
- **Die kreiseigene Verkehrsgesellschaft MOIN noch verlässlicher machen:** pünktlicher Busverkehr, zuverlässige Schüler*innenbeförderung, bessere Verknüpfung von Bus, Bahn, Rad und flexiblen Angeboten, Angebote im ländlichen Raum ausbauen.

1. Klimavorsorge, Energie und Wasser

Ausgangslage

Die Klimakrise ist im Landkreis Lüneburg längst spürbar: Hitze, Trockenheit, Starkregen und Wasserstress, aber auch der Flächendruck, die Übernutzung und Vergiftung von Böden, Gewässern, Grundwasser und der Verlust der Artenvielfalt betreffen unsere Städte, Dörfer, Wälder, Felder, Gewässer und unsere Gesundheit.

Haltung

Umwelt- und Naturschutz, Klimaschutz und Klimaanpassung sind keine Zusatzaufgaben, sondern kommunale Daseinsvorsorge. Wir wollen unseren Landkreis so gestalten, dass Menschen hier auch in Zukunft gut, sicher und bezahlbar leben können – mit sauberem Wasser, gesunden Böden, einer intakten Natur, erneuerbarer Energie und einer Verwaltung, die handelt, bevor Schäden entstehen.

Der Landkreis Lüneburg hat sich das Ziel gesetzt, bis 2030 klimaneutral zu werden. Dieses Ziel muss verbindlich, transparent und wirksam verfolgt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Klimaschutzkonzept des Landkreises konsequent umgesetzt, regelmäßig überprüft und über Fortschritte öffentlich nachvollziehbar berichtet wird. Klimaschutz braucht klare Prioritäten, genügend Personal, ein belastbares Budget und eine Verwaltung, die Klimafolgen bei allen relevanten Entscheidungen mitdenkt.

Klimaanpassung: Schutz vor Hitze, Dürre und Starkregen

Klimaanpassung bedeutet, Menschen, Infrastruktur und Natur besser vor Hitze, Dürre, Starkregen und Überschwemmungen zu schützen. Wir wollen, dass der Landkreis ein starkes Klimaanpassungsmanagement mit klaren Zuständigkeiten, Maßnahmenplan und Finanzierung aufbaut. Dazu gehören: Hitzeaktionsplanung, Starkregenvorsorge, Wasserrückhalt in der Landschaft, Entsiegelung dort, wo der Landkreis selbst verantwortlich ist, sowie mehr Schatten, Grün und Kühlung an kreiseigenen Gebäuden, Schulen und öffentlichen Orten.

Wir wollen, dass Klimaanpassung im Landkreis ein eigenes politisches Gewicht bekommt und mit Plänen, einem Budget und konkreten Maßnahmen unterlegt wird. Der Landkreis soll Gemeinden und Samtgemeinden fachlich unterstützen, Fördermittel erschließen, Daten bündeln und interkommunale Lösungen anstoßen. Besonders wichtig sind Orte, an denen vulnerable Menschen besonders betroffen sind: in Schulen, Kitas, Pflegeeinrichtungen und anderen sozialen Einrichtungen, in dicht bebauten Quartieren und überall dort, wo Flächen stark versiegelt sind.

Energie: Erneuerbar, regional und gemeinsam

Die Energiewende gelingt nur, wenn sie vor Ort sichtbar, gerecht und nachvollziehbar gestaltet wird. Wir setzen auf erneuerbare Energien, Energieeinsparung, energetische Sanierung und regionale Wertschöpfung. Der Ausbau von Windenergie und Photovoltaik muss transparent, naturverträglich und mit echter Beteiligung geplant werden. Der Landkreis hat dabei insbesondere über die Regionalplanung eine wichtige Verantwortung.

Wir wollen Windenergieflächen künftig so ausweisen, dass gesetzliche Ziele erfüllt, die Belange von Naturschutz und Landschaft stärker als bisher berücksichtigt und Bürger*innen frühzeitig beteiligt werden. Dort, wo erneuerbare Energie entsteht, sollen auch die Menschen vor Ort profitieren: durch Bürgerenergie, Energiegenossenschaften, kommunale Beteiligung, regionale Wertschöpfung und transparente Verfahren. Die Energiewende darf nicht Projekt weniger großer Akteure sein, sondern muss als gemeinschaftliche Aufgabe verstanden werden.

Photovoltaik gehört vorrangig auf Dächer, Parkplätze, versiegelte Flächen und geeignete öffentliche Gebäude. Bei Freiflächenanlagen setzen wir auf klare Kriterien: Schutz landwirtschaftlich hochwertiger Böden, naturschutzfachlich wertvoller Lebensräume, Biodiversitätsgewinne, regionale Beteiligung und gute Einbindung in die Landschaft. Agri-Photovoltaik kann dort sinnvoll sein, wo Landwirtschaft und Energieerzeugung zusammen gedacht werden.

Die kommunale Wärmeplanung ist in Niedersachsen Aufgabe der Einheitsgemeinden und Samtgemeinden. Der Landkreis soll diese aktiv unterstützen: durch Koordination, Daten, Beratung, Austauschformate und die Prüfung gemeinsamer Lösungen. Wärmewende bedeutet Planungssicherheit für Bür-

ger*innen. Sie soll helfen, Fehlinvestitionen zu vermeiden, fossile Abhängigkeiten abzubauen und bezahlbare Wärme auf Basis erneuerbarer Energien zu ermöglichen.

Auch der Landkreis selbst muss Vorbild sein. Wir setzen uns dafür ein, kreis-eigene Gebäude energetisch zu sanieren, erneuerbare Energien auf geeigneten Dächern zu nutzen, Energieverbräuche transparent zu machen und bei Neubauten hohe Effizienz- und Klimastandards anzuwenden.

Wasser: Schützen, speichern und sauber halten

Wasser ist Lebensgrundlage, Lebensmittel, Naturraum und kritische Infrastruktur. Der Landkreis Lüneburg braucht ein konsequentes Wassermanagement, das die Themen Trinkwasser, Grundwasser, Fließgewässer, Landwirtschaft, Naturschutz und Klimaanpassung zusammen betrachtet. Wasser darf nicht erst dann Thema werden, wenn Grundwasserspiegel sinken, Gewässer austrocknen oder Starkregen Schäden verursacht.

Wir setzen uns dafür ein, Wasser länger in der Landschaft zu halten. Dazu gehören naturnahe Auen- und Gewässerentwicklung, Rückhaltung von Niederschlagswasser, Reaktivierung von Altarmen, Rückbau unnötiger Entwässerung, Schutz von Überschwemmungsgebieten und eine verbesserte Grundwasserneubildung.

Rückdeichungen sind dort vorzunehmen, wo sie möglich und fachlich sinnvoll sind. Bestehende Überschwemmungsgebiete müssen konsequent von weiterer Bebauung freigehalten werden.

Der Schutz des Grundwassers hat hohe Priorität. Feldberegnung, wasserintensive Nutzungen und Grundwasserentnahmen müssen angesichts zunehmender Dürren verantwortungsvoll genehmigt werden. Wir setzen auf Beratung, effiziente Bewässerungssysteme, Kooperation mit Beregnungsverbänden und eine Genehmigungspraxis, die den Landschaftswasserhaushalt ernst nimmt.

Unsere Gewässer müssen sauberer werden. Pestizide und Schadstoffe, Nährstoffeinträge, Mikroplastik, Medikamentenrückstände und PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) belasten Wasser, Böden, Tiere und Menschen. Wir wollen erreichen, dass der Landkreis im Rahmen seiner Zuständigkeiten das Vorsorge- und Verursacherprinzip stärker als bisher anwendet.

Gewässerrandstreifen sind konsequent zu sichern, damit diffuse Einträge reduziert werden. Kläranlagen, Abwasserbehandlung und Regenwassermanagement liegen nicht überall in direkter Kreiszuständigkeit. Der Landkreis soll aber fachlich, wasserrechtlich, koordinierend und fördermittelorientiert darauf hinwirken, dass Oberflächengewässer besser geschützt werden.

Unser Ziel

Wir wollen einen Landkreis Lüneburg, der Klimaschutz, Klimaanpassung, Energie und Wasser zusammen denkt. Nicht als Symbolpolitik, sondern als konkrete Daseinsvorsorge: mit klaren Zuständigkeiten, ausreichendem Personal, guter Beteiligung, transparenter Umsetzung und dem Mut, heute zu handeln, damit morgen noch gutes Leben möglich ist.

Unsere Kernforderungen in Kurzform

- Landschaftsrahmenplan, Klimaschutzkonzept und Klimaanpassungskonzept des Landkreises konsequent umsetzen, finanzieren und transparent berichten
- Windenergie und Photovoltaik naturverträglich, beteiligungsorientiert und mit regionaler Wertschöpfung ausbauen
- Gemeinden und Samtgemeinden bei der kommunalen Wärmeplanung aktiv koordinierend und fachlich unterstützen
- Wasser länger in der Landschaft halten – Auen, Gewässer, Grundwasser und Überschwemmungsgebiete wirksam schützen
- Biotopverbund umsetzen und Naturschutzgebiete ausweisen, erhalten und wiederherstellen
- Untere Naturschutzbehörde, Veterinäramt, Kreisnaturschutzstiftung und ehrenamtliche Strukturen arbeitsfähig ausstatten

2. Tierschutz

Ausgangslage

Tierschutz ist Ausdruck einer verantwortlichen, mitfühlenden und rechtsstaatlichen Gesellschaft. Im Landkreis betrifft er vor allem die Arbeit des Veterinär-amtes. Die Arbeit beinhaltet Tierseuchenprävention, Kontrollen vor allem der landwirtschaftlichen Tierhaltung und Kooperationen mit Tierheimen und Tierschutzorganisationen.

Haltung

Wir setzen uns für eine gute personelle Ausstattung des Veterinär-amtes ein, damit Tierschutzkontrollen, Tierseuchenbekämpfung und Krisenlagen wie die Geflügelpest zuverlässig bewältigt werden können. Der Kreistag soll regelmäßig und transparent über Entwicklungen, festgestellte Verstöße und strukturelle Handlungsbedarfe im Tierschutz informiert werden.

Wir unterstützen eine verlässliche Zusammenarbeit mit Tierheimen, Tierschutzvereinen, Gemeinden und Ehrenamtlichen. Dabei müssen Zuständigkeiten beachtet werden: Die Betreuung von Fundtieren ist in erster Linie Aufgabe der Gemeinden. Der Landkreis kann aber als Partner, Veterinärbehörde und politischer Impulsgeber dazu beitragen, tragfähige Strukturen zu sichern. Außerdem setzen wir uns für besseren Brandschutz in Tierhaltungen und die Prüfung einer kommunalen Katzenschutzverordnung im rechtlich möglichen Rahmen ein.

Durch eine nächtliche Betriebsbeschränkung von Mährobotern im gesamten Landkreis sollen Igel und andere Kleintiere geschützt werden.

3. Naturschutz

Ausgangslage

Eines der größten Umweltprobleme unserer Zeit ist der Verlust der Artenvielfalt: Sowohl global als auch vor unseren Haustüren ist es um unsere Natur nicht gut bestellt. Die Hälfte von 11.000 niedersächsischen Tier- und Pflanzenarten ist bedroht, rund 62 Prozent aller Wildbienenarten sind in ihrem Bestand gefährdet, bundesweit sind in den letzten Jahren bereits 12 Millionen Vogelbrutpaare verschwunden. Gemeinsam mit Umweltverbänden haben wir Grünen in Niedersachsen deshalb den Schutz unserer Natur und unserer heimischen Arten mit dem „Volksbegehren Artenvielfalt“ entscheidend vorangebracht. Aus dem Volksbegehren ist der „Niedersächsische Weg“ entstanden, bei dem entscheidende Weichenstellungen für den Naturschutz im Konsens von Politik, Landnutzer- und Naturschutzverbänden vorgenommen werden konnten. Nun gilt es, diesen Konsens vor Ort gezielt umzusetzen und in dessen Sinne auch in örtlicher Zuständigkeit zu agieren.

Haltung

Wir setzen uns für eine deutliche Verbesserung des Natur- und Artenschutzes im Landkreis Lüneburg ein und streben eine wahrnehmbare Erhöhung der Biodiversität an.

Konkrete Vorhaben

- Verbesserung des Erhaltungszustands bestehender Naturschutzgebiete außerhalb der NATURA 2000-Gebiete
- Zügige Umsetzung des Biotopverbundes/Vernetzung von Lebensräumen durch Sicherung von Flächen und ihrer Entwicklung sowie Wiederherstellung von Lebensräumen (Hecken, Alleen, Feldgehölze, Kleingewässer, Wegseitenräume, Feldraine etc. auf mindestens 10 Prozent der Fläche)
- Zügige Umsetzung des Integrierten Wassermanagementkonzept des Landkreises in Verbindung mit dem Klimaanpassungskonzept

- Erhalt und Entwicklung von Wildnisflächen auf öffentlichen Flächen
- Anpflanzung feldheckentypischer Gehölze an Wegesrändern für Heckenanpflanzungen an Wegrainen sowie Wiederherstellung von artenreichen Staudensäumen als prägende Bestandteile unserer Kulturlandschaft und als wichtige Elemente der Vernetzung von Tier- und Pflanzenarten
- Pflanzung von Alleen an Kreisstraßen und schonende Mahd der Straßenrandstreifen, soweit dies mit der Verkehrssicherheit vereinbar ist
- Schutz der bestehenden Alleen und Baumreihen; dazu gehört ein späterer Beginn der Mahd, eine deutliche Verlängerung der Mähabstände und eine sachgerechte Baumpflege
- Unterschutzstellung naturnaher Landschaftselemente wie Hecken, Feldgehölze, Alleen, Baumreihen und Feldraine als geschützte Landschaftsbestandteile
- Sicherung der für die Naherholung wichtigen Freiflächen als Landschaftsschutzgebiet
- Förderung einer naturnahen Umgestaltung privater Gärten durch Auslobung von Preisen und Prämien für die artenreichsten Gärten analog zur Auszeichnung „Grüne Hausnummer“
- Einführung eines Biodiversitätspreises für Unternehmen
- Förderung der Aufklärung der Bevölkerung über Biodiversität durch Beratungs- und Schulungsangebote des Schulbiologie- und Umweltbildungszentrums (Schubz), der Volkshochschule REGION Lüneburg (VHS) und ähnlicher Einrichtungen
- Ein Kreisaktionsprogramm Naturschutz erstellen und umsetzen, um eine wahrnehmbare Erhöhung von Biodiversität zu erzielen
- Stärkung der Kreisnaturschutzstiftung, die als wichtiger Vermittler zwischen Land- und Forstwirtschaft, Umweltverbänden und Kommunalverwaltung wirkt
- Personelle Stärkung der Unteren Naturschutzbehörde, damit Naturschutzrichtlinien und -verordnungen konsequent umgesetzt werden können

- Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit von Naturschutzverbänden als Partner
- Unterstützung von ökologisch wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betrieben und Genossenschaften, die sich für den Natur- und Artenschutz einsetzen
- Förderung der Bereitstellung neuartiger Aufkleber mit Musterung für Glasscheiben, um Vogelschlag zu verhindern
- Prüfung einer Ausweitung des Verbots von Feuerwerken

4. Mobilität

Ausgangslage

Mobilität ist nicht nur ein entscheidender Standortfaktor für Unternehmen und Institutionen im Landkreis, sondern auch eine wichtige Grundlage gesellschaftlicher Teilhabe der Menschen hier. Wer keinen verlässlichen Bus, keine sichere Radverbindung oder keinen Zugang zu Bahn und flexiblen Angeboten hat, ist im Alltag eingeschränkt oder auf ein Auto angewiesen (das nicht jede*r hat oder haben will). Die Folgen sind Landflucht, teure Mieten in der Stadt und Menschen, die sich abgehängt fühlen, weil sie kaum ins Schwimmbad, ins Theater oder auch nur zum Facharzt kommen.

In einem breiten Konsens der demokratischen Parteien hat sich der Kreistag entschieden, mit der MOIN den Bus- und Fährverkehr im Landkreis in die Hände einer kommunalen Gesellschaft zu nehmen. Das ist – trotz erheblicher Startschwierigkeiten in den ersten Monaten – eine gute Entscheidung gewesen und versetzt den Landkreis in die Lage, viel flexibler zu handeln und zum Beispiel stark genutzte Strecken durch einen dichteren Takt noch leistungsfähiger zu machen und neue Strecken auszuprobieren.

Neben dem Busverkehr soll auch die Schiene im Landkreis eine größere Rolle spielen. Die Reaktivierung der Verbindung Lüneburg–Soltau haben wir als GRÜNE mit vorangetrieben. Wir wollen jetzt, dass Lösungen für einen Halt in Drögnendorf gefunden werden, und regen an, dass der Bahnhof bereits jetzt hergerichtet wird, auch wenn er erst später in den Fahrplan aufgenommen werden sollte.

Die Bahnstrecke Lüneburg–Bleckede hatte 2025 zunächst keine Aussicht auf eine vom Bund geförderte Reaktivierung. Mittlerweile hat der Bund gewaltige Geldmittel (Sondervermögen) für Infrastrukturprojekte bereitgestellt. Wir fordern vor diesem Hintergrund eine Neubewertung der Förderfähigkeit und eine Reaktivierung der Strecke.

Der Radverkehr hat durch den Siegeszug des E-Bikes auch im Landkreis Lüneburg erheblich zugenommen. Strecken, die regelmäßig mit dem Rad zurückgelegt werden – zum Einkaufen, zur Arbeit – sind im Schnitt deutlich länger ge-

worden. Diese erfreuliche Entwicklung muss sich in der Entwicklung der Radverkehrsinfrastruktur widerspiegeln. Moderne, sichere Radwege brauchen mehr Raum und der muss – wo sinnvoll und notwendig – auch zulasten des Autos gewonnen werden. Die Radverkehrsförderung des Landkreises hilft den Kommunen im Kreis dabei, Projekte für den Radverkehr umzusetzen. In diesem Jahr waren bereits mehr Anträge als Mittel da, und es musste gekürzt werden.

MOIN

heißt vollständig „Mobilitätsinfrastruktur und -betriebs GmbH“ und ist das neue, landkreiseigene Verkehrsunternehmen. Die MOIN betreibt nicht nur - gemeinsam mit Subunternehmen - den gesamten Linienbusverkehr im Landkreis, sondern auch die Fähre zwischen Bleckede und Neuhaus.

Haltung

Ein leistungsfähiges und vielfältiges Mobilitätsangebot macht den Landkreis Lüneburg attraktiver und lebenswerter, hilft, Arbeitsplätze zu schaffen und den Wohnungsmarkt zu entzerren.

Mobilität ist Daseinsvorsorge. Sie muss klimafreundlich, bezahlbar, barrierearm, inklusiv, zuverlässig und alltagstauglich sein, vor allem im ländlichen Raum.

Die MOIN ist unsere Antwort auf die Nachfrage nach attraktiverem Öffentlichen Nahverkehr und verlässlicherer Schüler*innenbeförderung. Diese Versprechen muss sie nun einlösen können. Dafür werden wir im Kreistag sorgen. Ergänzend zum Busverkehr sind die Bahnstrecken Lüneburg–Soltau, Bleckede–Lüneburg und Lüneburg–Dannenberg wichtig für ein attraktives Mobilitätsangebot. Wir setzen uns dafür ein, dass Bundesmittel vorrangig für diese Projekte eingesetzt werden. Die AVL wollen wir weiter und auskömmlich bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützen.

Die für 2029 geplante „Korridorsanierung“ der Bahn samt voraussichtlich fünfmonatiger Vollsperrung der Strecke Hamburg–Hannover muss unbedingt besser vorbereitet werden als die jetzige „Qualitätsoffensive“. Wir setzen uns für ein umfassendes Konzept von Alternativrouten und einen zuverlässigen und

leistungsfähigen Schienenersatzverkehr ein, damit sich die Zustände aus diesem Jahr nicht wiederholen.

Wir fordern den Bund auf, auf den Bau der A 39 zu verzichten. Sie wird nicht benötigt und ist daher unwirtschaftlich. Sie zerschneidet zudem einen der größten zusammenhängenden Naturräume in Deutschland und gleich mehrere Naturschutzgebiete. Ein Ausbau der Bundesstraße 4 mit wechselseitigen Überholstreifen wäre für das aktuelle und das künftige Verkehrsaufkommen vollkommen ausreichend und auch deutlich wirtschaftlicher.

Wir fordern von der Kreisverwaltung, die Planung einer unfassbar teuren Elbbrücke bei Neu-Darchau endlich einzustellen. Die gewaltigen Kosten überfordern einen Landkreis deutlich, selbst bei der avisierten Förderung von 75 %. Auf den Kosten für die Unterhaltung der Brücke – voraussichtlich eine gute Million Euro jährlich – bliebe vollständig der stets angespannte Kreishaushalt sitzen.

Konkrete Vorhaben

- MOIN stabilisieren, Qualität sichern und transparent auswerten
- Schüler*innenbeförderung zuverlässig und sozial gerecht organisieren
- Bus, Bahn, Rad, Fußwege, Carsharing, Rufangebote und ein zukünftiges Bürgerbuskonzept für den Landkreis Lüneburg, nach Vorbild des Bürgerbusses in der Samtgemeinde Amelinghausen, besser verknüpfen und weiter ausbauen
- Reaktivierung der neuen Regionalbahnstrecken (S-Bahn Lüneburg), etwa Lüneburg–Soltau und Lüneburg–Bleckede weiter fördern
- Die eingleisige Strecke nach Dannenberg soll eine grundlegende Modernisierung und Ertüchtigung bekommen, damit ein attraktiver Taktverkehr zwischen Heide und Wendland angeboten werden kann.
- Die im Dezember 2024 vorgestellten regionalen Midibus-Linien, die das Lüneburg-zentrierte Linienkonzept um Quer- und Ringverbindungen erweitern, erneut auf die Agenda bringen; sie konnten aus wirtschaftlichen Gründen bislang nicht realisiert werden
- HVV-Hop-Angebot ausbauen und ein Angebot für Frauen*-Nachttaxis schaffen

- Bei der Erstellung neuer Linien und Taktungen insbesondere die Bedürfnisse von Personen einbeziehen, die im Rahmen von Care-Arbeit oder als pflegende Angehörige mobil sein müssen, sowie von Personen im Schichtdienst; dazu auch den Austausch mit Arbeitgebern und Gewerbetreibenden forcieren, die viele Beschäftigte haben (bspw. Klinikum Lüneburg, Gewerbegebiet Hafen), um die Angebote an die örtlichen Bedingungen anzupassen
- Radverkehrskonzept priorisiert umsetzen; dazu gehört, das StadtRAD-Konzept künftig auch über die Stadtgrenzen von Lüneburg hinaus im gesamten Landkreis zur Verfügung zu stellen
- Wir wollen die Radverkehrsförder des Landkreises besser auszustatten und so der gestiegenen Nachfrage passen.
- Mehr sichere Rad- und Schulwege zwischen den Gemeinden, Schulen, Bahnhöfen und zentralen Einrichtungen schaffen, damit der Landkreis in Zukunft noch besser miteinander verbunden ist. Dabei auch die Bedürfnisse von Personen beachten, die mit Kinderwagen, Gehwagen oder Rollstuhl unterwegs sind.
- Barrierefreiheit und generelle Inklusion an Haltestellen und Mobilitätsknoten verbessern, u.a. mit mehr dynamischen Fahrgast-Informationssystemen im gesamten Landkreis, wie sie es bereits in der Hansestadt gibt.
- Amt Neuhaus und östliche Kreisgebiete verlässlich anbinden.
- Beim Thema Verkehr nehmen wir Kreisstraßen, sowie Kreuzungen in den Fokus und werden an einigen Stellen Geschwindigkeitsbegrenzungen und Ampelsysteme neu bewerten, um ein besseres und sicheres Straßennetz zu gewährleisten.
- Infrastrukturentscheidungen müssen faktenbasiert, geschlechtergerecht, klima- und haushaltsbewusst getroffen werden.

5. Wohnen zu fairen Preisen, flächensparend planen, Orte stärken

Ausgangslage

Der Landkreis Lüneburg wächst unterschiedlich stark: Die Hansestadt und ihr Umland stehen unter hohem Nachfragedruck, ländliche Räume brauchen gute Infrastruktur, altersgerechte Wohnformen und lebendige Ortskerne. Wohnen ist eng mit Mobilität, Bildung, Pflege, Nahversorgung und Reduzierung des Flächenverbrauchs verbunden.

Haltung

Das Bevölkerungswachstum im Landkreis Lüneburg variiert sehr stark: Während in der Hansestadt und ihrem Umland der Nachfragedruck hoch ist, bleiben ländliche Räume nur dann attraktiv, wenn sie eine gute Infrastruktur aufweisen. Wohnen muss deshalb immer zusammen mit den Themen Mobilität, Bildung, Pflege und Nahversorgung betrachtet werden. Allzu oft wird zudem das Schaffen von Wohnraum mit dem Ausweisen neuer Wohngebiete für Einfamilienhäuser gleichgesetzt – dabei ist eine Reduzierung des Flächenverbrauchs aus ökologischen Gründen dringend geboten.

Gutes Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Es geht um faire Mieten, kurze Wege, soziale Mischung, Klimaschutz und -anpassung, Barrierefreiheit und lebendige Orte. Wir wollen Wohnen zu bezahlbaren Preisen ermöglichen, ohne dass die Landschaft weiter versiegelt wird.

Konkrete Vorhaben

- Wohnraum zu fairen Preisen in gut angebundenen Orten ermöglichen
- Innenentwicklung (Leerstand, Umnutzung, Aufstockung und Nachverdichtung stärker nutzen und somit Flächenverbrauch begrenzen und Zersiedelung vermeiden) vor Außenentwicklung (raumgreifende Neubauten) stärken
- Wohnraum, ÖPNV, Schulen, Kitas, Pflege, Nahversorgung und Klimaanpassung zusammen planen

- Genossenschaftliche, gemeinschaftliche, inklusive und altersgerechte Wohnformen unterstützen
- Kommunen bei Fördermitteln, Konzeptvergaben und Wohnraumanalysen beraten
- Regionalplanung für lebenswerte Orte, Natur- und Klimaschutz nutzen

6. Gute Bildung im ganzen Landkreis

Ausgangslage

Bildung entscheidet über Zukunftschancen. Im Landkreis Lüneburg geht es um Schulentwicklung und Bildungsübergänge, berufliche Bildung, Inklusion, Schulsozialarbeit, Demokratiebildung, Digitalisierung und sichere Schulwege.

Haltung

Bildungsgerechtigkeit bedeutet, dass Herkunft, Wohnort, Behinderung, Sprache, Einkommen der Eltern oder familiäre Belastungen nicht darüber entscheiden dürfen, welche Chancen ein Kind hat.

Bildung ist die zentrale Voraussetzung für Teilhabe, Selbstbestimmung und ein gutes Aufwachsen. Der Landkreis Lüneburg ist als Schulträger verantwortlich dafür, dass junge Menschen gute Lernorte vorfinden, an denen sie sich entwickeln, ausprobieren und gemeinsam lernen können. Wir wollen Schulen, die nicht nur funktionieren, sondern die pädagogisch, baulich und sozial so gestaltet sind, dass sie Kindern und Jugendlichen echte Zukunftschancen eröffnen. Dabei ist für uns klar: Gute Schulentwicklung braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Der Landkreis ist nicht für Lehrkräfte oder deren Qualifikation zuständig, aber er entscheidet mit über Räume, Ausstattung, Barrierefreiheit, Schulwege, digitale Infrastruktur und die regionale Schulentwicklungsplanung. Genau hier setzen wir an.

Ganztagsschulen bedarfsgerecht ausbauen

Ganztagsschulen – das ist viel mehr als Schulen mit längeren Anwesenheitszeiten. Richtig gestaltet eröffnen sie Räume für individuelles Lernen, gemeinschaftliches Arbeiten, Bewegung, Erholung und kulturelle Bildung. Ein guter Ganzttag entlastet Familien, stärkt die Bildungsgerechtigkeit und schafft im Schulalltag mehr Zeit für Beziehungsarbeit und Förderung. Damit Ganzttag im Landkreis Lüneburg gelingen kann, braucht es eine verlässliche und gut geplante Infrastruktur.

Unsere Maßnahmen:

- Ausbau von Ganztagsschulplätzen an allen Schulstandorten gemäß den gesetzlichen Vorgaben mit verbesserten Betreuungsrelationen
- Schaffung geeigneter Räume zur Unterstützung von Ganztagsangeboten wie Mensen, Aufenthaltsbereiche, Rückzugs- und Differenzierungsräume
- Investitionen in Schulhöfe und Außenanlagen als pädagogische Lern-, Bewegungs- und Aufenthaltsräume
- Sicherstellung einer verlässlichen Infrastruktur für Kooperationen mit Vereinen, Kulturträgern, Jugendhilfe und anderen außerschulischen Partnern
- Einführung einheitlicher hoher Qualitätsstandards für die räumliche und sächliche Ausstattung im Ganztag

Inklusive Schulträgerpolitik konsequent umsetzen

Inklusion ist ein Anspruch an das gesamte Bildungssystem und beginnt bei den Rahmenbedingungen vor Ort. Schulen können nur dann inklusiv arbeiten, wenn Gebäude zugänglich, Räume flexibel nutzbar und Schulwege barrierefrei sind. Der Landkreis kann als Schulträger wesentlich dazu beitragen, dass unterschiedliche Bedürfnisse nicht als Störung behandelt werden, sondern als Ausgangspunkt für gute Planung. Inklusive Schule braucht deshalb nicht nur Haltung, sondern auch bauliche und organisatorische Konsequenz.

Unsere Maßnahmen:

- Vollständige Barrierefreiheit aller Schulgebäude nach klaren Zeitplänen, einschließlich baulicher, digitaler und kommunikativer Zugänglichkeit
- Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für inklusive Lernsettings in allen Schulen, etwa Schulhöfe, Ruheräume, Therapieräume und Differenzierungsflächen
- Bereitstellung barrierefreier Schüler*innenbeförderung im gesamten Kreisgebiet

- Entwicklung eines kreisweiten Standards für inklusive Schulentwicklung in enger Abstimmung mit Schulen, Eltern und Betroffenen
- Systematische Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und ihren Vertretungen bei Bau-, Sanierungs- und Planungsprozessen

Schulstruktur weiterentwickeln und integrierte Gesamtschulen stärken

Die Schullandschaft im Landkreis muss Kindern und Jugendlichen unterschiedliche, aber gleichwertige Bildungswege eröffnen. Wir wollen kein frühes Sortieren nach vermeintlicher Leistung, sondern längeres gemeinsames Lernen, mehr Durchlässigkeit und eine bessere soziale Mischung. Integrierte Gesamtschulen leisten dazu einen wichtigen Beitrag, weil sie unterschiedliche Begabungen, Lernwege und Entwicklungstempi zusammen denken. Eine moderne Schulentwicklungsplanung muss deshalb offen sein für neue Standorte und strukturelle Weiterentwicklungen.

Unsere Maßnahmen:

- Prüfung und Umsetzung der Neugründung weiterer Integrierter Gesamtschulen bei nachgewiesenem Bedarf
- Unterstützung bestehender Schulen bei der Umwandlung in Integrierte Gesamtschulen
- Sicherstellung ausreichender Raumkapazitäten für längeres gemeinsames Lernen, Teamarbeit und Differenzierung
- Ausbau regional ausgewogener Schulstandorte, um lange Schulwege zu vermeiden und wohnortnahe Bildung zu sichern

Moderne Lernumgebungen schaffen

Schulen brauchen Räume, die Lernen im 21. Jahrhundert ermöglichen. Dazu gehören flexible Möbel, gute Fachräume, digitale Infrastruktur und Flächen für projektorientiertes und selbstständiges Arbeiten. Moderne Schulentwicklung versteht Schule nicht mehr als reine Belehrungsanstalt, sondern als Lern- und Lebensraum, in dem Zusammenarbeit, Kreativität und Eigenverantwortung ge-

fördert werden. Der Landkreis muss dafür die baulichen und technischen Voraussetzungen schaffen.

Unsere Maßnahmen:

- Umgestaltung von Schulgebäuden hin zu offenen und flexibel nutzbaren Lernlandschaften
- Flächendeckende digitale Infrastruktur mit Glasfaser, stabilem WLAN und zeitgemäßer Ausstattung im Rahmen der Trägerzuständigkeit
- Einrichtung von Lernwerkstätten, Maker-Spaces und Fachräumen für projektorientiertes Arbeiten
- Bereitstellung von Rückzugs- und Selbstlernräumen für unterschiedliche Lernbedürfnisse
- Entwicklung und regelmäßige Fortschreibung eines kreisweiten Medienentwicklungsplans

Schulsozialräume stärken und vernetzen

Schulen stehen nie für sich allein. Sie sind Teil von Quartieren, Dörfern und sozialen Netzwerken und können an vielen Stellen nur dann gut wirken, wenn sie mit ihrem Umfeld verbunden sind. Gerade im Landkreis ist es wichtig, Schulen als Orte zu verstehen, die auch sozial, kulturell und gesellschaftlich in ihre Umgebung hineinwirken. Der Landkreis kann hier durch passende Räume, gute Erreichbarkeit und verlässliche Kooperationsstrukturen viel beitragen.

Unsere Maßnahmen:

- Ausbau der räumlichen Infrastruktur für Schulsozialarbeit und Beratungsangebote
- Förderung von Schulstandorten als multifunktionale Orte im Sozialraum, etwa für Vereine, Weiterbildung und Kultur
- Unterstützung verbindlicher Kooperationsstrukturen zwischen Schulen, Jugendhilfe, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen
- Verbesserung der Erreichbarkeit von Schulen durch nachhaltige Mobilitätskonzepte wie ÖPNV, sichere Radwege und gute Umsteigebeziehungen

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärken

Der Landkreis Lüneburg hat bereits wichtige Schritte in Richtung BNE unternommen und versteht Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe der Bildungsregion. Bildung für nachhaltige Entwicklung vermittelt nicht nur Wissen über Klima, Ressourcen und Umwelt, sondern befähigt junge Menschen auch, Zusammenhänge zu verstehen und verantwortungsvoll zu handeln. Für uns gehört dazu, Schulen und außerschulische Lernorte so zu unterstützen, dass Nachhaltigkeit im Alltag sichtbar und erfahrbar wird.

Unsere Maßnahmen:

- Ausbau von Schulen und außerschulischen Lernorten als BNE-Standorte im gesamten Landkreis
- Förderung von Lernorten wie Museen, Umweltbildungseinrichtungen und regionalen Projekten, die Nachhaltigkeit konkret erfahrbar machen
- Verankerung von Klimaschutz, Ressourcenschonung und globaler Verantwortung in der Schulentwicklungsplanung
- Gestaltung von Schulgeländen als Lernorte für Biodiversität, Entsiegelung und Klimaanpassung
- Stärkung von Kooperationen zwischen Schulen, Bildungsregion, Kommune und zivilgesellschaftlichen Initiativen

Bildung für Demokratie fördern

Demokratiebildung ist kein Zusatzfach, sondern eine Grundaufgabe öffentlicher Bildung. Gerade in Zeiten von Polarisierung, Desinformation und wachsendem gesellschaftlichen Druck brauchen Kinder und Jugendliche Orte, an denen Mitbestimmung, Streitkultur und Verantwortung erfahrbar werden. Der Landkreis kann dazu beitragen, indem er Räume für Beteiligung schafft und außerschulische demokratiepädagogische Angebote stärkt; im Landkreis hat sich bereits die Erkenntnis durchgesetzt, dass BNE und Demokratiebildung eng zusammengehören.

Unsere Maßnahmen:

- Förderung von Schulen als Orte demokratischer Beteiligung mit funktionierenden Beteiligungs- und Begegnungsräumen
- Unterstützung außerschulischer Lernorte und Projekte, die Demokratie, Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe erfahrbar machen
- Ausbau von Räumen für Jugendbeteiligung, Projekttag und schulische Mitwirkung
- Stärkung von Kooperationsstrukturen mit Trägern politischer Bildung, Kultur und Jugendarbeit
- Berücksichtigung von Demokratiebildung als festem Bestandteil kommunaler Bildungsplanung

Bildung und Teilhabe für Kinder mit Migrationshintergrund

Der Landkreis Lüneburg soll ein Bildungsraum sein, in dem Herkunft keine Barriere ist. Kinder und Jugendliche mit Migrationsgeschichte brauchen gute Sprachförderung, verlässliche Begleitung in allen Bildungsphasen und Schulen sowie Kitas, die Vielfalt als Normalität und Stärke verstehen.

Unsere Maßnahmen:

- Stärkung der Sprachförderung von Anfang an und in allen Bildungsphasen
- Bessere Begleitung der Übergänge zwischen Kita, Schule und Ausbildung
- Besserer Kontakt und intensivere Beteiligung von Eltern mit Migrationsgeschichte
- Förderung der interkulturellen Öffnung und diskriminierungssensiblen Bildung
- Ausbau der Zusammenarbeit von Schulen, Kitas, Integrationsarbeit und Jugendhilfe im Landkreis

Frühkindliche Bildung stärken

Frühkindliche Bildung ist ein zentraler Baustein für gelingende Bildungsbiografien. In den Kindertagesstätten werden sprachliche, soziale, motorische und kognitive Grundlagen gelegt, auf denen späterer Bildungserfolg aufbaut. Der Landkreis Lüneburg kann über Jugendhilfeplanung, regionale Abstimmung, Infrastruktur und Koordination wesentlich dazu beitragen, dass frühe Bildung überall im Kreis hochwertig, verlässlich und inklusiv gelingt.

Unsere Maßnahmen:

- Enge Abstimmung mit Städten, Gemeinden und freien Trägern, um die Kita- und Krippenlandschaft bedarfsgerecht weiterzuentwickeln
- Berücksichtigung der frühkindlichen Bildung in der regionalen Bildungsplanung und in der Jugendhilfeplanung des Landkreises
- Unterstützung beim Ausbau, der Sanierung und der Modernisierung von Kita-Standorten, insbesondere in Bezug auf Barrierefreiheit, Klimaschutz und kindgerechte Räume
- Verbesserung der Übergänge zwischen Kita und Grundschule durch Kooperationen, gemeinsame Konzepte und verbindliche Kommunikationsstrukturen
- Stärkung von Angeboten der Familienbildung, Sprachförderung und inklusiven Frühförderung im gesamten Kreisgebiet
- Einsetzen für bessere Rahmenbedingungen in der frühkindlichen Bildung, auch gegenüber Land und Bund

Nachhaltige Schulträgerpolitik voranbringen

Schulgebäude und Schulgelände sind ein wichtiger Teil der kommunalen Klimapolitik. Wenn wir ernst meinen, dass Bildung auch Zukunft gestalten soll, dann müssen Schulen selbst Orte des nachhaltigen Handelns sein. Sanierungen, Neubauten und die Bewirtschaftung der Gebäude bieten große Chancen für Klimaschutz, Ressourcenschonung und eine lebenswerte Lernumgebung. Der Landkreis soll hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Unsere Maßnahmen:

- Klimaneutrale Sanierung bzw. Neubau aller kreiseigenen Schulgebäude nach hohen Energiestandards
- Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf Schuldächern und Nutzung erneuerbarer Energien
- Umsetzung von Begrünungs- und Entsiegelungskonzepten auf Schulgeländen
- Nachhaltige Beschaffung von Lehr-, Arbeits- und Ausstattungsgütern
- Einführung eines kreisweiten Monitorings für Energieverbrauch, CO₂-Reduktion und Sanierungsfortschritte

Verlässliche Schüler*innenbeförderung sichern

Gute Bildung darf nicht an langen Wegen scheitern. Gerade in einem Flächenlandkreis wie Lüneburg ist Schüler*innenbeförderung ein zentrales Element von Bildungsgerechtigkeit. Wer pünktlich, sicher und barrierefrei zur Schule kommt, hat bessere Lernbedingungen und weniger Belastungen im Alltag. Deshalb muss der Landkreis Mobilität als Teil seiner Bildungsaufgabe verstehen.

Unsere Maßnahmen:

- Ausbau und bessere Abstimmung des ÖPNV-Angebots auf/zur Schulzeiten
- Einführung flexibler Beförderungslösungen in ländlichen Regionen, etwa durch On-Demand-Verkehre
- Barrierefreie Gestaltung aller Beförderungsangebote
- Prüfung kostenfreier oder deutlich vergünstigter Schüler*innenbeförderung

Schulentwicklung vorausschauend planen

Gute Schulpolitik besteht nicht darin, auf akute Engpässe zu reagieren, sondern darin, vorausschauend zu planen. Der Landkreis muss Entwicklungen bei Schüler*innenzahlen, Wohngebieten, Schulformen und pädagogischen Anfor-

derungen frühzeitig aufgreifen. Dazu braucht es offene Verfahren, gute Daten und eine enge Abstimmung mit Schulen, Eltern, Kommunen und Öffentlichkeit. Schulentwicklung ist für uns ein demokratischer Prozess, der Transparenz und Beteiligung erfordert.

Unsere Maßnahmen:

- Regelmäßige Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung mit klaren Zielmarken
- Kooperation mit der Leuphana Universität Lüneburg für eine zukunftsweisende Schulentwicklung
- Frühzeitige Einbindung der Schulen und kommunalen Partner in alle Planungsprozesse
- Berücksichtigung von Inklusion, Ganzttag, Mobilität, Demografie und Klimaschutz als gleichrangige Planungsfaktoren
- Öffentliche Darstellung von Bedarfen, Planungsständen und Investitionsprioritäten

7. Kinder, Jugend, Familien und Teilhabe

Ausgangslage

Kinder, Jugendliche und Familien stehen unter Druck: psychische Belastungen, Armutsrisiken, unsichere Arbeitssituation, Schulprobleme, mangelnde Jugendhilfe und Inklusion sowie fehlende Beteiligung sind Teil der Lebensrealität von vielen und müssen zusammen betrachtet werden. Auch Menschen mit Behinderungen ...

Haltung

Wir sehen Kinder, Jugendliche und Familien ganzheitlich. Psychische Belastungen, Armut, schulische Schwierigkeiten, Konflikte in Familien, Fragen von Inklusion und Kinderschutzrelevante Situationen dürfen nicht nebeneinander her, sondern müssen zusammen bearbeitet werden. Der Landkreis soll dafür sorgen, dass Hilfen früh, niedrigschwellig, verlässlich und sozialräumlich (wohnnah) erreichbar sind.

Wir wollen einen Landkreis, der Kinder und Jugendliche nicht erst sieht, wenn Probleme eskalieren. Unser Ziel ist ein Kreis, in dem frühe Hilfe, Beteiligung und Schutz selbstverständlicher Teil guter öffentlicher Verantwortung sind. Das gilt auch für Menschen mit Behinderungen.

Kinder, Jugendliche und Familien stärken

Kinder und Jugendliche sind keine Zukunftsversprechen auf später, sondern Menschen mit eigenen Rechten im Hier und Jetzt. Familien brauchen keine Schuldzuweisungen, sondern verlässliche Strukturen, frühe Unterstützung und Zugänge, die auch in belasteten Lebenslagen tragen. Im Landkreis Lüneburg wollen wir deshalb eine Politik, die nicht erst reagiert, wenn Krisen eskalieren, sondern rechtzeitig stärkt, begleitet und ermöglicht.

Unsere Vorhaben:

- Die Jugendhilfe soll präventiver und niedrigschwelliger arbeiten, damit Familien Unterstützung bekommen, bevor Krisen sich verfestigt

haben. Kinder- und Jugendbeteiligung muss verbindlicher werden, mit echten Mitspracherechten und räumlich gut erreichbaren Beteiligungsformaten in Stadt und Land.

- Familien in Belastungslagen sollen früher unterstützt werden, etwa bei Überforderung, Trennung, Schulproblemen oder psychischen Belastungen.
- Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche muss personenzentriert, transparent und rechtssicher organisiert werden, damit Teilhabe nicht von Zuständigkeitslücken abhängt.
- Pflegefamilien, Alleinerziehende und Familien mit Kindern mit Behinderung müssen stärker in den Blick genommen und passgenau unterstützt werden.
- Jugendräume, mobile Jugendarbeit und Beteiligungsformate im ländlichen Raum müssen ausgebaut und dauerhaft gesichert werden.
- Kinderschutz, Gewaltschutz und psychosoziale Versorgung müssen enger vernetzt werden, damit Kinder und Jugendliche schnell Hilfe finden.
- Die Übergänge zwischen Jugendamt, Schule, Gesundheitssystem und freien Trägern müssen deutlich verbessert werden.
- Im ländlichen Raum sind mobile Angebote, Sozialraumbüros, aufsuchende Arbeit und Jugendräume besonders wichtig, damit Unterstützung nicht an Wegen, Öffnungszeiten oder fehlender Sichtbarkeit scheitert.

Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen

Menschen mit Behinderungen sind Teil unserer Gesellschaft. Sie sind aber im Alltag und gesellschaftlichen Zusammenleben noch immer benachteiligt. Wir unterstützen daher den Behindertenbeirat und alle Interessensvertretungen in ihrer Tätigkeit.

Menschen mit Behinderungen sollen im Landkreis Lüneburg selbstbestimmt leben können – mitten in der Gesellschaft, mit Wahlfreiheit, Assistenz und barrierefreien Zugängen. Eingliederungshilfe ist für uns kein Fürsorgesystem, son-

dern ein Recht auf Teilhabe. Der Landkreis muss dafür sorgen, dass Unterstützung nicht an Zuständigkeiten, Formularen oder institutionellen Routinen scheitert, sondern das Leben der Menschen stärkt.

Unsere Forderungen:

- Die Eingliederungshilfe soll konsequent am Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen ausgerichtet werden.
- Verfahren müssen verständlich, zügig und unbürokratisch sein.
- Beratung und Antragsbearbeitung brauchen klare Zuständigkeiten und feste Ansprechpersonen.
- Persönliche Assistenz, ambulante Hilfen und selbstbestimmte Wohnformen müssen Vorrang vor stationären Lösungen haben.
- Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstvertretungen sollen verbindlich an Planung und Weiterentwicklung beteiligt werden.
- Übergänge zwischen Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Schule, Ausbildung und Wohnen müssen ohne Lücken organisiert werden.

Im städtischen Raum:

In der Stadt entscheidet Zugänglichkeit über Teilhabe im Alltag. Wer einkaufen, zur Arbeit fahren, Kultur erleben oder Verwaltung erreichen will, braucht barrierefreie Wege, gute Orientierung und kurze Distanzen. Der Landkreis soll im Zusammenspiel mit Kommunen dafür sorgen, dass Unterstützungsangebote, Mobilität und öffentliche Infrastruktur im städtischen Raum eng aufeinander abgestimmt sind. Das heißt:

- Barrierefreie Verwaltungs-, Beratungs- und Begegnungsorte müssen ausgebaut werden.
- Öffentliche Gebäude, Wege, Haltestellen und digitale Angebote müssen konsequent barrierefrei gestaltet werden.
- Quartiersnahe Unterstützungsstrukturen sind zu stärken, damit Hilfe dort ankommt, wo Menschen leben.
- Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Assistenz gilt es besser miteinander zu verknüpfen.

Im ländlichen Raum:

Im ländlichen Raum ist Teilhabe besonders stark von Mobilität und erreichbaren Angeboten abhängig. Selbstbestimmung darf nicht daran scheitern, dass der nächste Unterstützungsdienst weit entfernt ist oder der Bus nicht fährt. Der Landkreis muss deshalb mobile, flexible und wohnortnahe Lösungen schaffen, die auch außerhalb der Stadt verlässlich funktionieren. Das heißt:

- Mobile und aufsuchende Assistenzangebote müssen ausgebaut werden.
- Beratung durch die EUTBs und weitere Institutionen, Unterstützung und Teilhabeangebote müssen auch digital und dezentral zugänglich gemacht werden.
- Barrierefreie Mobilität muss Realität im gesamten Kreisgebiet werden.
- Statt Menschen in zentrale Einrichtungen zu drängen, muss selbstbestimmtes Wohnen im vertrauten Umfeld gestärkt werden.
- Regionale Netzwerke, die Ehrenamt, Dienste, Kommunen und Selbsthilfe miteinander verbinden, müssen geknüpft werden.

8. Gesundheit, Pflege und soziale Sicherheit

Ausgangslage

Gesundheit und Pflege sind zentrale Themen, wenn es um die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse geht.

Haltung

Gesundheit ist Daseinsvorsorge. Prävention, gute Beratung und vernetzte Hilfen sind tragfähiger und kostengünstiger als spätes Krisenmanagement. Eine gute gesundheitliche Versorgung schützt vulnerable Gruppen und stärkt somit die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt. Alle Maßnahmen in diesem Zusammenhang müssen auf lange Sicht und zuverlässig finanziert sein.

Gesundheit weiterdenken

Wir GRÜNEN stellen den Menschen in den Mittelpunkt: Gesundheit darf nicht vom Wohnort, Alter, Geschlecht, Herkunft oder Einkommen abhängen. Wir wollen, dass alle Menschen den gleichen Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung haben. Dafür setzen wir auf Prävention, wohnortnahe Versorgung und innovative Versorgungsmodelle.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- der Landkreis Lüneburg als eine der *Gesundheitsregionen* in Niedersachsen weiterentwickelt wird. Durch kommunale Gesundheitsnetzwerke und sektorübergreifende Versorgung soll so die Gesundheitsversorgung zukunftssicher gestaltet werden.
- regelmäßig stattfindende Gesundheitskonferenzen etabliert werden mit dem Ziel einer besseren Vernetzung und Entwicklung regionaler Versorgungs- und Präventionskonzepte. Die Regionale Konferenz für Alter und Pflege (ReKAP) muss verstetigt und auf andere Gesundheitsbereiche übertragen werden. Um eine sichere Datengrundlage zu erhalten, ist im Vorwege eine Bedarfserhebung im Landkreis notwendig.

- Medizinische Versorgungszentren in kommunaler oder gemeinnütziger Trägerschaft entstehen, in denen verschiedene Fachrichtungen unter einem Dach zusammenarbeiten.
- Regionale Gesundheitszentren (RGZ) entstehen, die ambulante, teilstationäre, pflegerische und präventive Angebote bündeln. Damit kann die lokale Gesundheitsversorgung in der Fläche sichergestellt werden. Der Landkreis sollte dazu das Förderangebot des Landes Niedersachsen nutzen.
- mobile Praxen und Gesundheitsbusse die Versorgung dorthin bringen, wo die Menschen leben.
- unterstützende Strukturen, die Hausärzt*innen entlasten können, umgesetzt werden. Beispiele sind das Community-Health-Nursing („Gemeindeschwester“) oder der Gemeinde-Notfallsanitäter*innen.
- strukturelle Maßnahmen wie telemedizinische Angebote oder Videosprechstunden gefördert werden, die über größere Distanzen die Betreuung von Patient*innen ergänzen.
- eine „Hebammenzentrale“ geschaffen wird, die Leistungen rund um die geburtliche Betreuung in Stadt und Landkreis bündelt. Dabei sollen die Erfahrungen und innovativen Angebote anderer Regionen Niedersachsens sowie die Leitlinien des Hebammenverbandes Niedersachsen e. V. einfließen.
- strukturelle Maßnahmen gefördert werden, die die Attraktivität ländlicher Orte unseres Landkreises steigern, um eine Niederlassung von Ärzt*innen, Therapeut*innen, Hebammen, Gesundheitsfachkräften sowie Pflegediensten und medizinischen Heilmittelversorgern positiv zu beeinflussen.
- stationäre pflegerische Angebote ausgebaut werden.

Prävention, Pflege und Vorsorge

Die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung ist angesichts des demografischen Wandels eine der zentralen sozialpolitischen Aufgaben. Dabei setzen wir auf Prävention sowie den Erhalt und Ausbau bestehender Angebote. Unser Ziel ist, allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Neben den Seniorinnen und Senioren liegt ein besonderes Augenmerk auch auf dem gesunden Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen.

Bei Projekten setzen wir auf eine stabile Finanzierung zur Verstetigung und sicheren Personalplanung für durchführende Träger, Vereine und Institutionen. Um langfristig Gleichstellung zwischen Frauen und Männern zu erreichen, werden wir Maßnahmen und Projekte im Sinne des Gender-Mainstreamings prüfen.

Gender-Mainstreaming

Um in Zukunft echte Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen, müssen Beschlüsse, Planungen oder Anträge daraufhin geprüft werden, welches Geschlecht dabei bevorteilt wird. Diese Leitlinie kann auch auf andere Gender angewendet werden und hat das Ziel, Ungleichheiten aktiv abzubauen.

Gender-Mainstreaming ist zentraler Bestandteil der Gleichstellungspolitik der Europäischen Union. Die Mitgliedstaaten haben sich dazu verpflichtet, die Gleichstellung von Frauen und Männern zur Querschnittsaufgabe ihrer Politik zu machen und wir als Grüne Fraktion wollen dies konsequent umsetzen.

Wir setzen uns dafür ein, dass:

- pflegende Angehörige entlastet, beraten und unterstützt werden. Sie sind das Rückgrat unseres Pflegesystems; ohne sie kann keine sicherstellende Betreuung gewährleistet werden.
- Institutionen, Träger und Vereine, die im Bereich psychische Gesundheit wirken, unterstützt werden. Denn psychische Gesundheit ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes und aktives Leben.
- sozialpsychiatrische Angebote erhalten und gestärkt werden.
- die vorhandenen Angebote der Sozialraumbüros in den Samtgemeinden und Flecken ausgebaut und dadurch Kinder, Jugendliche und Familien unterstützt werden.

- zur Verstetigung der Alten- und Pflegeberatung Konzepte zur Pflegeberatung und wohnortnahen Unterstützung weiter ausgebaut werden, etwa das Konzept der Alterslotsen. Das bisherige Angebot sollte erweitert und auch direkt in den Gemeinden des Landkreises eingerichtet werden.
- Ehrenamtler*innen, Vereine, Träger und Projekte, die ergänzende ambulante und stationäre Angebote, familienentlastende Dienste oder Kurzzeitpflegeplätze anbieten, gefördert werden. Die Unterstützung von pflegenden Angehörigen ist uns ein wichtiges Anliegen.
- der Landkreis eine Einrichtung zur Kurzzeitpflege einrichtet.
- Beratungsangebote im Gesundheits- und Präventionsbereich für queere Menschen sowie Vereine und Träger, die sich in diesem Bereich engagieren, weiterhin unterstützt werden.
- der Landkreis als übergeordneter Träger für Kitas, Schulen und Sportstätten vorsorgende Hitzeschutzmaßnahmen und einheitliche Richtlinien entwickelt. Die Richtlinien sollen Betreuende unterstützen, damit diese bei hohen Außentemperaturen den Aufenthalt im Freien, beim Sport und anderen Aktivitäten fachlich fundiert managen können. Entsprechend sind Gelder zur Verfügung zu stellen, die für die Beschattung, die Sanierung, für Klimaanlage und anderes Equipment genutzt werden sollen. Eine zentrale Hitzeschutzberatungsstelle, die im Gesundheitsamt des Landkreises angesiedelt ist, ist hier eine sinnvolle Ergänzung. Ziel ist damit auch zukünftig, die Beschulung und Betreuung von Kindern während langer Hitzeperioden zuverlässig sicherzustellen.

9. Frauen und FLINTA, Gleichstellung und Schutz vor Gewalt

Redaktionelle Anmerkung:

Gesellschaftliche Vielfalt spiegelt sich auch in der Sprache wider. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen wir, dass alle Menschen wahrgenommen werden. Wir benennen Frauen und Mädchen ausdrücklich dort, wo es um ihre spezifischen Lebenslagen, Rechte und Schutzbedarfe geht. Außerdem verwenden wir den Begriff FLINTA. Er steht für Frauen, Lesben, intergeschlechtlich, nichtbinäre, trans und agender Personen. Der Begriff verweist auf Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts, der Geschlechtsidentität, des Geschlechtsausdrucks oder der sexuellen Orientierung von patriarchalen Strukturen betroffen sein können.

Ausgangslage

Gewalt gegen Frauen und FLINTA (Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, trans und agender Personen), ungleich verteilte Sorgearbeit, das Armutsrisiko bei Alleinerziehenden, Sicherheitsfragen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Repräsentanz bleiben auch im Landkreis Lüneburg zentrale Gleichstellungsthemen.

Haltung

Gleichstellung ist keine Symbolpolitik. Sie entscheidet darüber, wer sicher lebt, wer gehört wird, wer ökonomisch unabhängig sein kann und wer politische Macht mitgestaltet. Echte Gleichstellung und Schutz vor Gewalt stehen im Zentrum Grüner Kreispolitik.

Konkrete Vorhaben

- Frauenschutzzentrum und Gewaltschutzstrukturen langfristig absichern. Das Angebot von Frauenhausplätzen muss bedarfsgerecht vorhanden sein und auch die Unterbringung von Kindern in eigenen Zim-

mern sicherstellen. Auch queere und FLINTA, die von Gewalt betroffen sind, müssen Zugang zu sicheren Aufenthaltsorten haben.

- Auch in den ländlichen Räumen müssen Beratungsangebote und feste Anlaufstellen geschaffen werden. Die Finanzierung muss über einen längeren Zeitraum sichergestellt sein, damit die Fraueninitiativen Planungsstellen langfristig ausschreiben können.
- Prävention gegen häusliche, sexualisierte und digitale Gewalt stärken. Der Schutz vor Gewalt beginnt vor der Tat. Wir werden daher präventive und aufklärende Projekte von Vereinen, freien Trägern oder Institutionen unterstützen.
- Istanbul-Konvention lokal ernst nehmen und in Zuständigkeiten übersetzen. Wir wollen einen kommunalen Aktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Landkreis Lüneburg erarbeiten. Dabei werden wir auch den Schutz von Arbeitenden in häuslichen Beschäftigungsverhältnissen einbeziehen, zum Beispiel Au-Pairs oder Live-in-Pflegende.
- Gleichstellungsbeauftragte frühzeitig und wirksam beteiligen. Der Kreistag sollte zusätzliche Eigenmittel zur Verfügung stellen, um den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, die Gleichstellungsbeauftragte als Erwerbsstelle zu finanzieren. Durch das Angebot vor Ort wird mehr Sichtbarkeit und Planbarkeit von Maßnahmen erreicht. Frauen, die von Gewalt betroffen sind, hätten einen neutralen Ort/eine neutrale Stelle, den sie anonym aufsuchen können.
- Alleinerziehende, pflegende Angehörige und von Armut betroffene Frauen bei allen Initiativen und Maßnahmen explizit berücksichtigen.
- Kreisverwaltung und kreiseigene Gesellschaften als gleichstellungsorientierte Arbeitgeberinnen weiterentwickeln.
- Frauen und FLINTA in Führungspositionen fördern.
- Sicherheitsaspekte bei den Themen Mobilität, Beleuchtung, öffentlicher Raum und Veranstaltungen mitdenken. Wir setzen uns für eine geschlechtergerechte Stadtplanung ein. Öffentliche Räume müssen so gestaltet sein, dass sie Begegnung ermöglichen und sich alle Menschen dort sicher fühlen können.

10. Vielfalt, Integration und Antidiskriminierung

Ausgangslage

Der Landkreis Lüneburg ist vielfältig. Menschen erleben aber weiterhin Diskriminierung wegen Herkunft, Sprache, Behinderung, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion, Armut, Alter oder psychischer Erkrankung. Vielfaltspolitik ist deshalb Teil guter Daseinsvorsorge.

Haltung

Alle Menschen sollen im Landkreis Lüneburg sicher, sichtbar und selbstbestimmt leben können. Vielfalt ist kein Sonderthema, sondern eine Frage von Demokratie, Gerechtigkeit und guter Verwaltung.

Unsere Vorhaben

- Antidiskriminierungsarbeit stärken und verlässlich fördern
- Queere Sichtbarkeit, Beratung und Schutzräume unterstützen
- Verwaltung barrierearm, verständlich, respektvoll und diskriminierungssensibel gestalten
- Formulare, digitale Angebote und Kommunikation geschlechterinklusiv und zugänglich weiterentwickeln
- Mehrsprachige Informationen und Sprachmittlung ausbauen
- Integration über Bildung, Arbeit, Wohnen, Gesundheit und Teilhabe denken
- Vereine, Schulen, Jugendhilfe und Ehrenamt bei Vielfaltsthemen unterstützen
- Klare Haltung gegen Rechts, Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und Behindertenfeindlichkeit zeigen

Im Landkreis Lüneburg leben Menschen mit unterschiedlichen Geschichten, Sprachen, Religionen, Weltanschauungen, Berufen, Bildungswegen, Einkommen, Lebensformen und Familienmodellen. Diese Vielfalt gehört zu unserem Landkreis – und sie ist eine Stärke.

Aber nicht alle Menschen erleben den Alltag gleich sicher und frei. Manche werden benachteiligt, ausgegrenzt oder angefeindet, beispielsweise aufgrund ihrer Herkunft, Sprache, Hautfarbe, Religion, Behinderung, psychischer Erkrankung, Armut, Bildungsstatus, Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität. Wir stellen uns mit unserem Handeln klar gegen eine solche Diskriminierung.

Vielfalt, Gleichstellung und Antidiskriminierung sind für uns keine Sonderthemen. Sie gehören in alle Bereiche kommunaler Politik: in Verwaltung, Jugendhilfe, Schule, Gesundheit, Wohnen, Kultur, Ehrenamt, Mobilität und Beteiligung. Demokratie bedeutet, unterschiedliche Lebenserfahrungen zu hören – nicht nur die Stimmen derer, die viel Zeit, Geld, Bildung oder politische Erfahrung mitbringen.

Niemand soll sich verstecken müssen, um respektiert oder geschützt zu werden. Das gilt ausdrücklich auch für queere Menschen und für FLINTA (Frauen, Lesben, intergeschlechtlich, nonbinär, trans, agender Personen).

Die Kreisverwaltung soll dabei Vorbild sein. Briefe, Formulare, digitale Angebote und Informationen sollen verständlicher, barriereärmer und diskriminierungssensibler werden. Menschen sollen ihre Rechte, Leistungen und Verfahren verstehen können – unabhängig von ihren persönlichen Voraussetzungen. Barrierefreiheit bedeutet dabei nicht nur Rampen und Aufzüge. Es geht auch um einfache Sprache, digitale Zugänge, gute Erreichbarkeit, passende Beteiligungsformate und respektvolle Ansprache.

Wir wollen Antidiskriminierungsarbeit im Landkreis stärken und sichtbarer machen. Alle, die Diskriminierung erleben, müssen wissen, wohin sie sich wenden können. Dafür braucht es klare Informationen, gute Verweisstrukturen und eine enge Zusammenarbeit mit Beratungsstellen, Initiativen und Selbstorganisationen.

Integration verstehen wir nicht als Einbahnstraße. Sie gelingt dort, wo Menschen Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Sprache, Beratung und demokratischer Beteiligung haben. Deshalb wollen wir mehrsprachige Informationen und Sprachmittlung dort ausbauen, wo Menschen sonst ihre Rechte, Leistungen oder Verfahren nicht verstehen können.

Angebote für queere Menschen und FLINTA, Schutzräume und Begegnungsorte wollen wir unterstützen, soweit der Landkreis fördern, vernetzen oder Räu-

me zugänglich machen kann. Besonders wichtig sind Angebote für junge Menschen, die Diskriminierung erleben oder auf der Suche nach sicheren Orten, Beratung und Zugehörigkeit sind.

Auch Regenbogenfamilien, Patchworkfamilien und queere Eltern müssen in Jugendamt, Familienberatung und Verwaltung selbstverständlich mitgedacht werden. Dafür wollen wir sensibilisieren und entsprechende Fortbildungen ausbauen.

Beteiligung im Landkreis soll sozial inklusiver, familienfreundlicher und barriereärmer werden. Sitzungen, Veranstaltungen und Beteiligungsprozesse müssen so geplant werden, dass auch Menschen mit wenig Zeit, wenig Geld, Care-Verantwortung, Behinderung, Sprachbarrieren oder geringer politischer Erfahrung mitmachen können.

Wir stehen klar gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Queer-Feindlichkeit, Sexismus, Behindertenfeindlichkeit und jede Form der Abwertung von Menschen. Unser Ziel ist ein Landkreis Lüneburg, in dem Verschiedenheit nicht nur „ausgehalten“ wird, sondern geschützt, ermöglicht und als Stärke verstanden wird.

11. Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus

Ausgangslage

Der Landkreis Lüneburg ist Stadt und Land zugleich: Hochschul- und Verwaltungsstandort, Pendelregion, Standort für Handwerk und Mittelstand, beliebtes touristisches Ziel, landwirtschaftlich geprägte Kulturlandschaft und Teil der Metropolregion Hamburg. Wirtschaftspolitik im Landkreis darf deshalb nicht nur Ansiedlungspolitik sein. Sie muss vorhandene regionale Wertschöpfung stärken, Betriebe bei Nachfolge, Transformation und Fachkräftesicherung unterstützen, fair entlohnte Arbeit ermöglichen, Landwirtschaft und Naturschutz zusammenbringen und Tourismus so gestalten, dass er die Natur und die Orte nicht überfordert und die Lebensqualität nicht beeinträchtigt.

Viele Betriebe stehen unter Druck: Fachkräfte fehlen, Nachfolgen sind ungeklärt, Energie- und Investitionskosten belasten sie; außerdem bestehen Unsicherheiten, inwiefern sich die künstliche Intelligenz für das eigene Geschäftsmodell nutzen lässt oder dessen Bestand bedroht; Klimafolgen treffen Landwirtschaft, Tourismus und Infrastruktur. Gleichzeitig entstehen Chancen: erneuerbare Energien, nachhaltige Geschäftsmodelle, Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft, regionale Lebensmittel, Direktvermarktung, Handwerk, Wissenstransfer und naturnaher Tourismus können unseren Landkreis stärken.

Nicht für alles ist der Landkreis allein zuständig. Er kann aber an wichtigen Stellen wirksam handeln: über die Wirtschaftsförderung Lüneburg GmbH, die Regionalplanung und das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP), den Strukturentwicklungsfonds des Landkreises, Förderprogramme wie LEADER und „Zukunftsregionen“, die eigene Beschaffung, über eigene Liegenschaften und Flächen, Kreisstraßen, Berufsschulen, die Ausländerbehörde, das Fördermittelmanagement, Beteiligungen und die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen. Genau dort setzen wir an.

Haltung

Im Landkreis Lüneburg sollen Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus gemeinsam Zukunft schaffen: mit starken Betrieben, regionaler Wertschöpfung,

interessanter und auskömmlicher Arbeit, fairer Beschaffung, klimafreundlicher Energie, lebendigen Dörfern, gesunden Böden, sauberem Wasser und einem Tourismus, der Natur und Orte achtet. Wirtschaftliche Stärke und ökologische Verantwortung gehören für uns zusammen – damit unser Landkreis krisenfest, gerecht und lebenswert bleibt.

Wirtschaft: Klimaneutral, mittelstandsfreundlich und regional

Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die nicht auf kurzfristiges quantitatives Wachstum um jeden Preis setzt, sondern auf interessante und auskömmliche Arbeit, Innovation, Ressourcenschonung und regionale Kreisläufe und die planetaren Grenzen berücksichtigt. Sie alle bilden das Rückgrat unseres Landkreises: kleine und mittlere Unternehmen, Handwerk, soziale Unternehmen, Genossenschaften, Gastronomie, Kultur- und Kreativwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus. Sie brauchen verlässliche Ansprechpersonen, einfache Zugänge zu Fördermitteln, eine gute digitale Infrastruktur, bezahlbare Gewerbeflächen, klimafreundliche Energie und eine Verwaltung, die ermöglicht, statt zu bremsen.

Die Wirtschaftsförderung Lüneburg soll als Partnerin für Gründung, Innovation, Wachstum und Nachhaltigkeit weiter gestärkt werden. Besonders wichtig sind Beratungsangebote für Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Kreislaufwirtschaft, Digitalisierung, Unternehmensnachfolge, gemeinwohlorientierte Geschäftsmodelle und Fachkräftesicherung. Wirtschaftsförderung darf nicht nur neue Flächen vermarkten; sie muss bestehende Betriebe bei der Transformation unterstützen.

Bei der Gewerbeansiedlung setzen wir auf Innenentwicklung, auf Revitalisierung vorhandener Flächen und gemeinsame Lösungen mit Gemeinden und Samtgemeinden.

Neue Gewerbeflächen müssen sparsam, verkehrlich sinnvoll, klimafest und naturverträglich geplant werden. Das RROP ist dafür ein zentrales Steuerungsinstrument des Landkreises. Flächenverbrauch, Bodenqualität, Wasserhaushalt, Erreichbarkeit mit Bus, Bahn und Rad sowie erneuerbare Energieversorgung müssen von Anfang an zusammen gedacht werden.

Wir wollen, dass die regionale Wirtschaft stärker von öffentlichen Investitionen profitiert. Wo rechtlich möglich, sollen Vergaben so gestaltet werden, dass

Nachhaltigkeit, Tariftreue, Qualität, Reparierbarkeit, Lebenszykluskosten und regionale Wertschöpfung berücksichtigt werden. Denn öffentliche Beschaffung entscheidet darüber, ob Steuergelder sozial, ökologisch und wirtschaftlich verantwortlich eingesetzt werden.

Fachkräfte: Menschen gewinnen, halten und gut integrieren

Fach- und Arbeitskräftemangel trifft den Landkreis ganz konkret. Denn Handwerk, Pflege, Gastronomie, Verwaltung, Kitas, Schulen, Verkehr, Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen brauchen Menschen, die hier arbeiten, bleiben und Verantwortung übernehmen. Fachkräftesicherung ist deshalb Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Standortpolitik zugleich.

Der Landkreis kann keine Bundesgesetze zur Einwanderung verändern. Er kann aber vor Ort dafür sorgen, dass Menschen schneller ankommen: dank einer gut erreichbaren, lösungsorientierten Ausländerbehörde, klaren Verfahren, mehrsprachiger Information, Anerkennungs- und Lotsenstrukturen, Zusammenarbeit mit Kammern, Betrieben, Berufsschulen, Hochschule, Jobcenter und Agentur für Arbeit. Wer hier arbeiten oder eine Ausbildung beginnen will und kann, soll nicht durch unnötige Hürden ausgebremst werden.

Wir wollen die Ausbildung und die berufliche Bildung stärken. Die berufsbildenden Schulen des Landkreises sind entscheidend für Handwerk, Pflege, Landwirtschaft, Verwaltung und Dienstleistungen. Sie müssen modern ausgestattet sein, gute digitale Lernbedingungen bieten und eng mit Betrieben, Innungen, Kammern und Hochschule zusammenarbeiten. Damit Ausbildung im Landkreis nicht an Alltagsfragen scheitert, brauchen junge Menschen bezahlbaren Wohnraum, gute Mobilitätsangebote und soziale Orte.

Landwirtschaft: Betriebe stärken, Gemeinwohlleistungen honorieren

Landwirtschaft prägt unseren Landkreis. Sie sichert Ernährung, Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung und trägt Verantwortung für Böden, Wasser, Klima, Artenvielfalt und unsere Kulturlandschaft. Wir wollen, dass landwirtschaftliche Betriebe auch in Zukunft wirtschaftlich arbeiten können und bei ihren Leistungen für Natur, Klima und Gesellschaft verlässlich unterstützt werden.

Unsere Landwirtschaftspolitik setzt nicht auf pauschale Gegensätze zwischen Landwirtschaft und Naturschutz. Wir wollen gemeinsam mit Betrieben, Natur-

schutz, Wasserwirtschaft, Kommunen, Wissenschaft und Beratung tragfähige Lösungen entwickeln. Wer Böden schützt, Wasser sauber hält, Moore und Grünland erhält, Hecken pflegt, Artenvielfalt stärkt oder klimaangepasst wirtschaftet, erbringt eine Leistung für die gesamte Gesellschaft.

Viele Förderinstrumente liegen bei der EU, beim Bund und beim Land Niedersachsen. Der Landkreis kann aber koordinieren, informieren und eigene Spielräume nutzen. Wir wollen die Beratung, den Wissenstransfer und den Fördermittelzugang verbessern, damit ökologische Maßnahmen wirtschaftlich tragfähig werden. Die Förderprojekte LEADER, „Zukunftsregionen“ (siehe den folgenden Abschnitt), Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen, Naturschutzförderung und regionale Projekte müssen so zusammengeführt werden, dass Betriebe nicht allein durch den Förderdschungel und die Bürokratie navigieren müssen.

Regionale Verarbeitung und Vermarktung stärken die Höfe und die Wertschöpfung vor Ort. Deshalb wollen wir Direktvermarktung, Lebensmittelhandwerk, Wochenmärkte, Hofläden, solidarische Landwirtschaft, regionale Kantinenmodelle und Kooperationen zwischen Landwirtschaft, Gastronomie, Tourismus, Schulen und öffentlichen Einrichtungen unterstützen – überall dort, wo der Landkreis beschaffen, fördern, vernetzen oder koordinieren kann.

Regionalentwicklung: LEADER, Zukunftsregionen und Strukturentwicklungsfonds sichern

Lebendige ländliche Räume entstehen nicht von allein. Förderprogramme wie LEADER, Zukunftsregionen und der Strukturentwicklungsfonds des Landkreises ermöglichen Projekte für die dörfliche Entwicklung, Begegnungsorte, Klimaschutz, Naturschutz, Tourismus, Kultur, Wirtschaft und Versorgung. Die Programme sind für viele Kommunen und Initiativen entscheidend, weil sie Ideen vor Ort überhaupt erst finanzierbar machen.

Wir wollen diese Instrumente sichern, besser miteinander verzahnen und leichter zugänglich machen. Der Landkreis soll Fördermittel aktiv einwerben, Kommunen und Initiativen beraten, Co-Finanzierungen ermöglichen und überzeugende Projekte nicht an unnötiger Bürokratie scheitern lassen. Förderentscheidungen müssen transparent, sozial gerecht, klima- und naturverträglich sowie regional ausgewogen sein.

Tourismus: Naturverträglich, barrierearm und wertschöpfend

Tourismus ist für Lüneburg und die Region ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Er lebt von dem, was unseren Landkreis besonders macht: von der historischen Stadt Lüneburg, den Dörfern, der Elbe und Elbtalau, der Ilmenau, Rad- und Wanderwegen, Heide- und Kulturlandschaften, regionalen Produkten, Kultur, Gastronomie und Gastfreundschaft. Genau deshalb muss Tourismus so gestaltet werden, dass er Natur schont, Orte entlastet und den Menschen vor Ort nutzt.

Wir setzen auf Qualität statt Übernutzung. Natur- und Wassertourismus brauchen klare Regeln, gute Lenkung, verständliche Beschilderung, sichere Einstiegs- und Rastplätze, Müllvermeidung, Schutz sensibler Lebensräume und gute Abstimmung zwischen Landkreisen, Gemeinden, Naturschutzakteuren, Tourismusakteur*innen und Nutzergruppen. Das integrierte wassertouristische Konzept für die Ilmenau ist ein richtiger Ansatz: Freizeitnutzung und Naturschutz müssen zusammen betrachtet werden.

Tourismus soll die regionale Wertschöpfung stärken. Wer im Landkreis Urlaub macht oder einen Tagesausflug unternimmt, soll regionale Produkte, lokale Gastronomie, Kultur, Handwerk, Hofläden und nachhaltige Mobilitätsangebote finden. Dazu gehören gute Radwege, ÖPNV-Anbindung, barrierearme Informationen, digitale Gästelenkung und Angebote, die nicht nur auf die Hansestadt konzentriert sind, sondern auch die ländlichen Räume einbeziehen.

Der Landkreis kann Tourismus nicht zentral organisieren; viele Aufgaben liegen bei Kommunen, Tourismusgesellschaften und privaten Anbieter*innen. Er kann aber über Förderung, Koordination, Kreisstraßen, Radwege, Naturschutz, Regionalentwicklung und interkommunale Projekte dazu beitragen, dass Tourismus klimafreundlicher, inklusiver und naturverträglicher wird. Und er kann die Aus- und Weiterbildung für Fachkräfte in Restaurants, Gaststätten und Beherbergungsbetrieben fördern.

Nachhaltige Beschaffung: Globale Verantwortung lokal umsetzen

Global denken und lokal handeln – das soll für die öffentliche Beschaffung gelten. Viele Produkte, die öffentliche Stellen einkaufen – von Textilien über Möbel bis hin zu Lebensmitteln, IT und Baustoffen – entstehen in Lieferketten

mit ungünstigen sozialen und ökologischen Folgen. Der Landkreis soll seine Beschaffung deshalb schrittweise stärker an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen, an Fair-Trade-Grundsätzen und Umweltstandards sowie an den Kriterien Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Lebenszykluskosten ausrichten.

Wir wissen: Ein Landkreis hat nicht die gleichen Ressourcen wie eine Großstadt. Dennoch ist ein verbindlicher Prozess, wie ihn die Stadt Hamburg 2019 definiert hat, leistbar. Dazu gehören: ein Beschaffungsleitfaden, Schulungen für die Mitarbeitenden in den Behörden, Kriterien für häufig beschaffte Produktgruppen, regelmäßige Berichte und die Prüfung eines Beitritts des Landkreises zur Fairtrade-Town- bzw. Fairtrade-Landkreis-Bewegung. Die regionale Beschaffung soll gestärkt werden, soweit Vergaberecht, Wirtschaftlichkeit und Produktverfügbarkeit dies zulassen.

Nachhaltige Beschaffung ist auch Wirtschaftsförderung: Wenn öffentliche Einrichtungen verlässlich auf Qualität, Regionalität, Energieeffizienz und faire Produktionsbedingungen achten, wächst die Nachfrage nach Produkten aus Betrieben, die zukunftsfähig wirtschaften – und damit steigt wiederum deren Planungssicherheit.

Wir setzen uns ein für

- ein Beschaffungswesen des Landkreises mindestens unter der Einhaltung der Kriterien des Leitfadens für umweltverträgliche Beschaffung der Freien und Hansestadt Hamburg (Umweltleitfaden 2019) und dabei insbesondere
 - einen Ausbau der Lieferkettenverantwortung des Landkreises als Abnehmer von Produkten und Dienstleistungen.
 - eine Anwendung obiger Kriterien bei der Unternehmensförderung im Rahmen der kreiseigenen Wirtschaftsförderung Lüneburg GmbH
 - eine Prüfung der Beteiligung des Landkreises an der e.on-Tochter Avacon, deren Mutterkonzern noch stark auf fossile Energieerzeugung setzt.
 - eine Stärkung der regionalen Beschaffung unter Rückgriff auf heimisch erzeugte Produkte, wo dies möglich ist.

- einen Beitritt des Landkreises zum Bündnis „Fairtrade-Town“, wie es die Stadt Lüneburg und mehr als 75 Landkreise bundesweit bereits getan haben.
- die Entwicklung eigener, nachhaltiger Fonds (unter Einhaltung der ESG-Kriterien) mit regionalen Schwerpunkten über die Sparkasse mit dem Ziel, diese Fonds Kund*innen bevorzugt anzubieten.
- die Anbahnung einer Partnerschaft im Rahmen des Programms „Kommunen in der Einen Welt“.

Unsere Forderungen

- Wirtschaftsförderung Lüneburg als Partnerin für Gründung, Innovation, Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft, Unternehmensnachfolge und Fachkräftesicherung stärken
- Gewerbeentwicklung flächensparend, klimafest und naturverträglich steuern und gut an den Verkehr anbinden; vorhandene Flächen und Leerstände vorrangig nutzen
- Öffentliche Beschaffung des Landkreises im Rahmen des Vergaberechts schrittweise nachhaltiger, fairer und regionaler mit zusätzlichem Blick auf Langlebigkeit ausrichten
- Fachkräfte gewinnen und halten: Ausländerbehörde, Anerkennungsstrukturen, Berufsschulen, Betriebe, Hochschule, Jobcenter und Agentur für Arbeit besser vernetzen
- Landwirtschaftliche Betriebe bei Klimaanpassung, Boden- und Wasserschutz, Biodiversität und regionaler Vermarktung unterstützen
- Für kreiseigene Flächen transparente Kriterien für Verpachtung und Flächenmanagement entwickeln
- LEADER, Zukunftsregionen und Strukturentwicklungsfonds sichern, transparent nutzen und kommunale Co-Finanzierungen ermöglichen
- Tourismus naturverträglich, barrierearm und wertschöpfend entwickeln, d.h. Ilmenau, Elbe, Heide, Radwege, regionale Produkte und ländliche Räume zusammen denken

- Regionale Wertschöpfungsketten stärken und Akteure vernetzen: Landwirtschaft, Handwerk, Gastronomie, Tourismus, öffentliche Einrichtungen und Schulen
- Den Landkreis als Vorbild für nachhaltiges Wirtschaften, faire Beschaffung und kooperative Regionalentwicklung weiterentwickeln

12. Demokratie, Beteiligung, Ehrenamt und Kultur

Ausgangslage

Eine lebendige Demokratie entsteht vor Ort. Im Landkreis Lüneburg engagieren sich tausende Menschen in Vereinen, Freiwilligen Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Kulturinitiativen, Sportvereinen, Jugendverbänden, Nachbarschaftsprojekten und politischen Gremien. Dieses Engagement hält unsere Gesellschaft zusammen und macht den Landkreis lebenswert.

Gleichzeitig stehen demokratische Institutionen und zivilgesellschaftliches Engagement unter Druck. Polarisierung, Desinformation und demokratiefeindliche Tendenzen nehmen zu. Viele Ehrenamtliche berichten von zunehmender Belastung, bürokratischen Hürden und Nachwuchssorgen. Kulturangebote stehen insbesondere im ländlichen Raum vor finanziellen und strukturellen Herausforderungen.

Gerade deshalb brauchen wir starke Orte der Begegnung, Beteiligung und Kultur. Sie schaffen Vertrauen, fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt und stärken unsere Demokratie.

Haltung

Demokratie entsteht nicht erst im Wahllokal. Sie wird jeden Tag gelebt – in vielen lokalen Initiativen, Vereinen und Verbänden. Dort erleben Menschen Selbstwirksamkeit, übernehmen Verantwortung und gestalten ihre Heimat mit.

Eine starke Zivilgesellschaft ist der Kitt unserer Gemeinschaft und das wirksamste Schutzschild gegen Demokratiefeindlichkeit. Wir wollen diese Beteiligung ausbauen, demokratische Kultur stärken und allen Menschen die Möglichkeit geben, sich einzubringen – unabhängig von Alter, Herkunft, Einkommen oder Bildungsweg. Ehrenamtliches Engagement verdient Anerkennung, gute Rahmenbedingungen und weniger Bürokratie.

Kultur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie schafft Begegnung, fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt und macht unseren Landkreis lebendig und

vielfältig. Der Landkreis Lüneburg verfügt über ein reichhaltiges und vielfältiges Angebot Kunst- und Kulturschaffender und der kulturellen Bildung. Verwaltung und Politik im Kreis und in den Kommunen haben über viele Jahre ein gutes und transparentes System der Kulturförderung ausgehandelt, das – ergänzt durch private Initiativen, Stiftungen und Vereine – recht gut funktioniert, solange genug Geld im System ist.

In finanziell angespannten Zeiten neigen viele Politiker*innen dazu, den Rotstift zuerst bei der Förderung von Kunst, Kultur und Kulturbildung anzusetzen. Ein fataler Reflex mit massiven Folgen für die kulturelle Vielfalt. Denn die verflacht, wenn nur noch marktgängige, betriebswirtschaftlich erfolgreiche Kunst stattfindet. Wir werden uns für eine verlässliche und stabile Förderung einsetzen und uns Kürzungen entgegenstellen.

Unsere Forderungen:

Beteiligung stärken – Demokratie leben:

- Bürger*innen frühzeitig und verbindlich an wichtigen Kreisentscheidungen beteiligen
- Bürger*innenräte bei ausgewählten Zukunftsfragen des Landkreises erproben
- Digitale und analoge Beteiligungsmöglichkeiten ausbauen
- Informationen, Vorlagen und Entscheidungen des Landkreises transparenter und verständlicher gestalten
- Beteiligungsverfahren barrierefrei gestalten
- Die Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft intensivieren

Jugend beteiligen:

- Jugendforen und Jugendkreistag stärken
- Kinder und Jugendliche bei sie betreffenden Entscheidungen frühzeitig einbinden
- Politische Bildung und Demokratielernen fördern

- Jugendverbände, Jugendzentren und selbstorganisierte Projekte unterstützen
- Räume für Jugendkultur schaffen und sichern

Ehrenamt stärken:

- Bürokratische Hürden für Vereine und Initiativen abbauen
- Förderprogramme vereinfachen und digitalisieren
- Ehrenamtskoordination auf Kreisebene ausbauen
- Vereine bei Förderanträgen und Verwaltungsaufgaben unterstützen
- Fortbildungs- und Vernetzungsangebote stärken
- Anerkennungskultur für ehrenamtliches Engagement weiterentwickeln
- Feuerwehr und Katastrophenschutz stärken
- Freiwillige Feuerwehren bei Nachwuchsgewinnung und Ausbildung unterstützen
- Zeitgemäße Ausstattung sicherstellen
- Katastrophenschutz an die Herausforderungen des Klimawandels anpassen
- Hilfsorganisationen und Feuerwehren besser vernetzen

Demokratie verteidigen:

- Die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis stärken
- Initiativen gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit unterstützen
- Demokratiebildung und politische Bildung fördern
- Begegnungsorte und Projekte für gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Kultur im gesamten Landkreis fördern:

- Wir stehen zu unserem Theater als Leuchtturm des hiesigen Kulturbetriebs und wollen es als Dreispartenhaus samt seinem Orchester er-

halten. Wir fordern aber die Landespolitik auf – auch unsere eigenen Abgeordneten – das Versprechen einer anteiligen Übernahme der Tarifierhöhungen endlich einzulösen und die Finanzierungszusage zu verstetigen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass für die auf Kante genähte Personalausstattung Mittel bereitgestellt werden, um den andauernden Notfallmodus der Theaterverwaltung zu beenden.

- Das Kulturforum Wienebüttel als attraktive Spielstätte erhalten; dafür muss ein Konzept entwickelt werden
- Radio ZuSa als Bürgerfunk weiter fördern und erhalten
- Kulturangebote in den Gemeinden und Samtgemeinden stärken
- Mobile und dezentrale Kulturangebote im ländlichen Raum fördern
- Freie Kulturschaffende und soziokulturelle Zentren unterstützen
- Kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche ausbauen; kostenfreie, nichtkommerzielle Begegnungsorte und Sozialräume schaffen, die insbesondere von Jugendlichen und jungen Erwachsenen genutzt werden können.
- Alle Veranstaltungsorte im Landkreis im Hinblick auf barrierefreien Zugang und Erreichbarkeit evaluieren und ggf. ausbauen
- Kulturelle Teilhabe unabhängig vom Einkommen ermöglichen
- Kooperationen zwischen Kultur, Schulen und Vereinen stärken
- Erinnerungskultur stärken
- Gedenkorte und Erinnerungsorte fördern. Die Sichtbarkeit von Betroffenen und die Aufarbeitung von Täterschaft und Mitläufertum sollte dabei im Vordergrund stehen. Gedenkorte sollten auf diesen Aspekt hin überprüft und ggf. Gedenktafeln oder Aushänge erneuert oder kontextualisiert werden.
- Die Aufarbeitung der kolonialen und NS-Geschichte unterstützen
- Die Geschichte der innerdeutschen Grenze im Amt Neuhaus und entlang der Elbe sichtbar halten
- Historisch-politische Bildungsarbeit stärken. Insbesondere wollen wir Projekte fördern, die die politische und gesellschaftliche Arbeit, das Schaffen und Wirken von Frauen und FLINTA, queeren Menschen und

Menschen mit Behinderungen im Landkreis sichtbar machen. Vorhandenes Archivmaterial auf historisches Schaffen von Frauen in der Vergangenheit überprüfen, neu bewerten und für die Gesellschaft sichtbar machen.

- Inklusion und Teilhabe ermöglichen
- Beiräte und Selbstvertretungen frühzeitig beteiligen
- Barrierefreiheit konsequent ausbauen
- Mehrsprachige Informationsangebote stärken
- Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglichen

13. Finanzen, Digitalisierung, Verwaltung und kreiseigene Gesellschaften

Ausgangslage

Der Landkreis steht wie die gesamte kommunale Ebene finanziell sehr unter Druck. Gleichzeitig wachsen die Anforderungen: Jugendhilfe, Sozialleistungen, Mobilität, Klimaanpassung, Schulen, Digitalisierung und Infrastruktur kosten Geld. Deshalb braucht es Prioritäten, Transparenz und eine handlungsfähige Verwaltung.

Haltung

Solide Finanzen bedeutet, Zukunftsinvestitionen zu tätigen und auf eine Gemeinwohlbilanz hinzuwirken. Gerade in schwierigen Zeiten müssen Prävention, Klimavorsorge und soziale Infrastruktur klug priorisiert werden.

Unsere Vorhaben

- Haushalt des Landkreises transparent und verständlich kommunizieren
- Prävention als langfristige Entlastung ernst nehmen
- Fördermittel strategischer nutzen
- Digitalisierung der Verwaltung nutzer*innenfreundlich und barrierearm gestalten
- Kreisverwaltung als attraktive Arbeitgeberin stärken
- Kreiseigene Gesellschaften strategisch, sozial und klimafreundlich steuern
- Beteiligungen und große Investitionen transparent machen
- Bürokratie abbauen, ohne Standards bei Teilhabe, Umwelt und Rechtsstaatlichkeit zu schwächen



13.9.

GRÜN wählen!

- ▶ Wohnen zu fairen Preisen und Orte klug entwickeln
- ▶ Gute Bildung im ganzen Landkreis sichern
- ▶ Gewaltschutz, Gleichstellung und Vielfalt stärken
- ▶ Umwelt- und Naturschutz konkret umsetzen
- ▶ Die kreiseigene Verkehrsgesellschaft MOIN noch verlässlicher machen



Kontakt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Lüneburg

Schröderstraße 16
21335 Lüneburg

mail@gruene-lueneburg.de